

Einkommensschere – eine Mär

Die tatsächliche Einkommensungleichheit scheint in der Schweiz nicht zu-, sondern eher abgenommen zu haben. Der flexible Arbeitsmarkt dürfte viel damit zu tun haben. **REINER EICHENBERGER**

Überall wird nach noch mehr Umverteilung gerufen. Volksinitiativen verlangen staatliche Mindestlöhne, ein Lohnverhältnis von 1:12 und eine hohe nationale Erbschaftssteuer. Diese Angriffe auf die wirtschaftlichen Freiheiten und die Eigentumsrechte werden mit der Behauptung begründet, Einkommen und Vermögen seien in der Schweiz besonders ungleich verteilt, und die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich immer weiter. Doch das ist falsch.

Die schweizerische Verteilungsdebatte ist stark von der internationalen Diskussion geprägt. Wie die hervorragenden Arbeiten der Ökonomen Anthony Atkinson, Thomas Piketty und Emmanuel Saez zeigen, hat die Einkommensungleichheit in den USA, Grossbritannien und Kanada, doch auch in Schweden und Norwegen in den vergangenen dreissig Jahren tatsächlich stark zugenommen. Nachdem sie ab 1930 schnell zurückging und dann mehrere Jahrzehnte konstant blieb, ist sie heute wieder auf dem Niveau der 1920er Jahre. In den meisten anderen europäischen Ländern hat sie in den vergangenen Jahrzehnten auch zugenommen, wenn auch weniger stark als in den USA.

In der Schweiz hingegen ist die Ungleichheit seit 1930 erstaunlich stabil geblieben. Sie ist nie stark zurückgegangen, dafür hat sie in den vergangenen Jahrzehnten auch nicht stark zugenommen. Das bestätigen auch die Arbeiten der Schweizer Ökonomen Christoph Schaltegger und Christoph Gorgas aufgrund neuer Steuerdaten. Weil die Ungleichheit aber doch schwankt, kann je nach politischem Belieben eine Zunahme der Ungleichheit festgestellt werden. So hat in der Schweiz die Einkommensungleichheit in den späteren 1990er Jahren und dann wieder ab 2002 zugenommen. Damit erreicht sie heute aber bloss wieder das Niveau von 2001, liegt immer noch leicht niedriger als um 1970 und etwa gleichauf mit 1990 – denn in den frühen 1990er Jahren und genau so in den frühen 2000er Jahren hat die Ungleichheit schnell abgenommen.

Einkommen: Egalitäre Schweiz

Aber auch diese Ergebnisse müssen sehr vorsichtig interpretiert werden. So zeigt sich die Einkommensschere der vergangenen dreissig Jahre für die USA v.a. im Einkommen vor Steuern. Die Ungleichheit der Einkommen nach Steuern und Transfers sowie des Konsums hat weniger stark zugenommen. Noch wichtiger ist, dass die Arbeitszeit der schlechter Verdienenden deutlich abgenommen hat, diejenige der besser Verdienenden aber zugenommen. Für ein vernünftiges Urteil über die Entwicklung der Einkommensungleichheit müsste diese gegenläufige Entwicklung der Arbeitszeit mitberücksichtigt werden.

Für die Beurteilung der Ungleichheit in der Schweiz ist die Wahl des Einkommensmasses besonders wichtig. Gemäss OECD-Daten ist die Ungleichheit gemessen am Einkommen nach Steuern in der Schweiz etwa gleich hoch wie im europäischen Mittel. Hingegen ist die Verteilung

der Einkommen vor Steuern in der Schweiz egalitärer als in allen OECD-Staaten, mit Ausnahme Koreas. Bei den Vorsteuereinkommen der arbeitenden Bevölkerung ist die Schweiz fast extrem egalitär und die Ungleichheit weit kleiner als etwa in den als besonders sozial gepriesenen skandinavischen Staaten und allen weiteren OECD-Staaten ausser Korea. Dieses Ungleichheitsmass ist besonders wichtig, denn für das Lebensglück der meisten Menschen zählt wohl mehr, was sie aus eigener Leistung erreichen können als durch Umverteilung und Almosen vom Staat.

Die Studien zur Entwicklung der Einkommensungleichheit leiden auch daran, dass sie bestenfalls einen der folgenden Einflussfaktoren berücksichtigen: Erstens



Die verfügbaren Daten und Studien bieten keine vernünftige Grundlage für noch mehr Umverteilung.

steigt die statistische Einkommensungleichheit wegen der Veränderung der Haushaltsstruktur. Scheidungen haben stark zugenommen, jede macht aus einem reicheren zwei ärmere Haushalte. In Studien, die nicht auf Steuerdaten, sondern auf Haushaltsbefragungen beruhen, nimmt die Einkommensungleichheit auch dann zu, wenn Familien ihren erwachsenen, bisher im Elternhaushalt lebenden Kindern eine eigene Wohnung finanzieren: Das macht statistisch aus einem grossen reichen einen noch reicheren kleineren Haushalt mit den Eltern sowie einen armen Haushalt des ausgezogenen Kindes. Zweitens steigt die statistische Ungleichheit mit zunehmender Tertiärbildung und damit höheren Durchschnittseinkommen, denn mit der Tertiärbildung wächst gleichzeitig die Zahl der statistisch armen Studenten sowie die Zahl der gutverdienenden Hochgebildeten. Drittens kann Zuwanderung die statistische Ungleichheit stark beeinflussen. In die Schweiz sind in den 1990er Jahren viele beruflich weit unterdurchschnittlich, in den 2000er Jahren viele überdurchschnittlich qualifizierte Personen eingewandert. Beides vergrössert die Einkommensungleichheit.

All das bedeutet nicht, dass es keine Verteilungsprobleme gibt. Doch die Studien für die Schweiz, die keine längerfristige Zunahme der Ungleichheit finden, obwohl die drei erwähnten Entwicklungen zu einer künstlichen Aufblähung der statistisch gemessenen Ungleichheit führen, können dahingehend interpretiert werden, dass die tatsächliche Einkommensungleichheit sogar abgenommen hat.

Die Zahlen zur Vermögensungleichheit sind noch vorsichtiger zu betrachten. So erscheint die Vermögensungleichheit in der Schweiz auf den ersten Blick relativ gross.

Dafür sind aber vor allem zwei Aspekte verantwortlich, die nichts mit Ungleichheit unter der einheimischen Bevölkerung zu tun haben. Wiederum ist die Zuwanderung von grosser Bedeutung. Ein grosser Teil der reichsten Einwohner sind zugewandert, als sie schon Milliardäre waren, wie etwa die Liste der 300 reichsten Einwohner der Zeitschrift «Bilanz» regelmässig zeigt. Während starke Zuwanderung sehr vermögiger Personen und Familien statistisch die Ungleichheit erhöht, ist sie doch gerade eine Folge der grossen gesellschaftlichen und sozialen Stabilität der Schweiz, die wiederum eine Folge des wirkungsvollen sozialen Ausgleichs und des wirtschaftlichen Wohlergehens auch ärmerer Schichten ist. Stereotype Klagen, dass wenige sehr Vermögende so viel besitzen wie sehr viele Arme, und dass diese Ungleichheit immer schlimmer werde, sind einfach unsinnig, solange die Zuwanderung der sehr Vermögenden für die «Armen» Vorteile bringt.

Vermögen: Vorsicht, diese Daten lügen

Schliesslich wird in der Berechnung der Vermögensungleichheit ein Grossteil der Vermögen der Normalbürger nicht erfasst, weil die in den steuerbegünstigten zweiten und dritten Säulen der Altersvorsorge angelegten Vermögen überhaupt nicht und die in selbstgenutzten Immobilien investierten Mittel nur deutlich unter Marktwert erfasst werden. Das trifft zwar auch für andere Länder zu, ist jedoch für die Schweiz besonders gewichtig. Die Vermögen in der kapitalgedeckten Altersvorsorge sind viel grösser als in den meisten Ländern der Welt, und die Immobilienwerte sowie die Hypothekarverschuldung sind international gesehen rekordhoch. Im Gegensatz zu den Hauswerten geht die Hypothekarverschuldung voll in die statistischen Vermögen ein, so dass die Normalbevölkerung im Vergleich mit Vermögenden einfach arm gerechnet wird.

Zusammengefasst: Die heute verfügbaren Daten und Studien zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz bieten – wenn die genannten Aspekte berücksichtigt werden – keine vernünftige Grundlage für den Ruf nach noch mehr Umverteilung. Die tatsächliche Ungleichheit scheint in der Schweiz im Gegensatz zu den allermeisten anderen Ländern nicht zu, sondern wenn schon abgenommen zu haben. Weshalb aber ist die Schweiz auch bezüglich Niveau und Entwicklung der Einkommensungleichheit eine positive Ausnahme? Wir wissen es noch nicht genau, doch ist zu vermuten, dass es viel mit der relativ hohen Flexibilität ihres Arbeitsmarkts und ihrem vernünftigeren Steuersystem zu tun hat. Genau diese Trümpfe drohen die genannten Initiativen und viele andere auf schnelle Umverteilung zielende Vorstösse jedoch zu zerstören. Deshalb würden sie langfristig nicht weniger, sondern mehr Einkommensungleichheit bringen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg im Üechtland.